

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhold Hemker, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/1194 –

Agrarreform in der Entwicklungszusammenarbeit einen höheren Stellenwert geben

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Christian Ruck, Norbert Blüm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/1663 –

Bemühungen für Agrarreform in Entwicklungsländern stärken

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Joachim Günther (Plauen), Ulrich Irmer und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/3102 –

Agrarpolitische Entwicklungszusammenarbeit fördern

A. Problem

Die Bundesregierung wird mit dem Antrag in der Drucksache 14/1194 aufgefordert, der Agrarreform in der Entwicklungszusammenarbeit auf bilateraler und multilateraler Ebene eine hohe Priorität einzuräumen. In der internationalen Debatte um Agrarreformen soll sie deutlich zum Ausdruck bringen, dass

der Zugang der ländlichen Armen zu produktiven Ressourcen über Land- und Landwirtschaftsreformen in vielen Ländern zu den Grundvoraussetzungen einer sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung gehört. Agrarreformen sollen als zentrale Maßnahme für eine verbesserte Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung unterstützt werden. Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen, die für die Umsetzung von Agrarreformen eintreten, soll ausgeweitet werden.

B. Lösung

Der Ausschuss schlägt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Annahme des Antrags vor.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Annahme des Antrags in der Drucksache 14/1663 oder des Antrags in der Drucksache 14/3102.

Die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. enthalten weitgehend dieselben Forderungen wie der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, setzen jedoch zum Teil andere Akzente.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag – Drucksache 14/1194 – anzunehmen,
- b) die Anträge – Drucksachen 14/1663 und 14/3102 – abzulehnen.

Berlin, den 18. September 2000

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Reinhold Hemker
Berichterstatter

Marlies Pretzlaff
Berichterstatlerin

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatlerin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhold Hemker, Marlies Pretzlaff, Dr. Angelika Köster-Loßack und Joachim Günther (Plauen)

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1194, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/1663 und den Antrag der Fraktion der F.D.P. in der Drucksache 14/3102 in seiner 98. Sitzung am 6. April 2000 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen. Den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat er mitberatend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat über die Anträge in seiner Sitzung am 7. Juni 2000 beraten. Dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1194 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. zugestimmt. Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/1663 hat er mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. abgelehnt. Den Antrag der Fraktion der F.D.P. in der Drucksache 14/3102 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/1663 und der Fraktion der F.D.P. in der Drucksache 14/3102 in seiner Sitzung am 28. Juni 2000 beraten und den federführenden Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. empfohlen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Anträge vorzuschlagen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über die Anträge federführend in seiner Sitzung am 28. Juni 2000 beraten.

Die Fraktion der SPD führte aus, man müsse von der Bundesregierung erwarten, dass in Zukunft das Thema Agrarreform in den verschiedenen Facetten ernster genommen werde, auch schon bei bilateralen Verhandlungen. In verschiedenen Entwicklungsländern entstünden Konflikte immer wieder u. a. dadurch, dass die Landverteilungsfrage nicht geklärt sei. Die Gründe seien unterschiedlich. Einmal gebe es große im Besitz von Privaten befindliche Flächen, die nicht ausreichend genutzt und dann von einheimischen,

zum Teil auch ausgebildeten Landwirten besetzt würden. In diesem Zusammenhang seien Simbabwe und Brasilien zu nennen. Weiter sei es so, dass in den Entwicklungsländern oft keine Besitztitel für Land vergeben würden, insbesondere nicht für Frauen. Dies sei eine Rechtssituation, die weitgehende Konflikte heraufbeschwöre.

Alle Anträge, die vorlägen, schlüsselten eine Reihe von Maßnahmen auf, die vernünftig seien. Die Erarbeitung eines gemeinsamen Antrags, an den man zwischenzeitlich auch gedacht habe, würde jedoch zu lange Zeit in Anspruch nehmen. Statt dessen solle die Bundesregierung gute Anregungen in den Oppositionsanträgen berücksichtigen. Die Fraktion der SPD schlug vor, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen und die beiden anderen Anträge abzulehnen.

Die Fraktion der CDU/CSU begrüßte, dass im Haushalt 2001 der Bereich, den sie in ihrem Antrag besonders herausgehoben habe, nämlich die Agrarreform, ein wenig aufgestockt werden solle. Dies solle allerdings nicht in dem Maße geschehen, wie es sich die Fraktion der CDU/CSU gewünscht habe. Die Fraktion der CDU/CSU halte es für gut, wenn ein interfraktioneller Antrag erarbeitet würde, in dem die Schwerpunkte aller Anträge zusammengefasst würden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezog sich auf die Ergebnisse der Reise einer Delegation des Ausschusses nach Brasilien, wo über Programme der Weltbank und der brasilianischen Regierung zur Landreform diskutiert worden sei. Zu der Problematik gebe es sehr kontroverse Stimmen bei der Landlosenbewegung, aber auch unterschiedliche Einschätzungen von Seiten der Vertreter der Regierung.

Bei der Landreform in Brasilien gehe es um das Grundrecht auf Nahrung, aber auch um die Besitzverhältnisse und um die Autoritätsstruktur, die auf dem Lande herrsche. Gerade bei diesem politischen Problem müsse Kohärenz hergestellt werden, nicht nur im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik, sondern auch im Bereich der Agrarpolitik. Die Entwicklungspolitik solle ein besonderes Schwergewicht auf die Landreform und dabei auf den Zugang für Land für bisher ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen legen.

Die Fraktion der F.D.P. brachte ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass es nicht zur Erarbeitung eines gemeinsamen Antrages gekommen sei. Bei globalen Themen wie der Agrarreform sollte man einen Konsens herbeiführen, zumal die vorliegenden Anträge nicht weit voneinander entfernt seien.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stimmte dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 14/1194 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. zu.

Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/1663 lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS und bei einer weiteren Stimmenthaltung ab.

Den Antrag der Fraktion der F.D.P. in der Drucksache 14/3102 lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Frak-

tionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei einer Stimmenthaltung ab.

Die Bundesregierung brachte zum Ausdruck, dass sie dem Ausschuss über das Thema des Antrages berichten wolle. In dem Bericht solle auch zum Ausdruck gelangen, was dazu von Seiten der Bundesregierung schon geleistet worden sei.

Berlin, den 18. September 2000

Reinhold Hemker
Berichtersteller

Marlies Pretzlaff
Berichterstatlerin

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatlerin

Joachim Günther (Plauen)
Berichtersteller

